



# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2021



30 Jahre UOKG

Jugendhaus in Hohenleuben

Zersetzung

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

sollte die öffentliche Hand Vorbild sein, aber gut, hier ist es bisher noch anders. Sie kennen alle das freundliche Versandhaus Otto. Otto hat fast alle deutschen Versandhäuser gekauft bzw. die Namensrechte erworben. Fast alle deutschen Versandhäuser haben Produkte aus der DDR und Produkte, die unter Zwangsarbeit politischer Häftlinge produziert wurden, verkauft und gutes Geld verdient. Ehemalige politische Häftlingsfrauen haben sich an die Firma Otto gewandt und um Auskunft über den Bezug von Produkten aus der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR zu erhalten. Die Firma Otto hat den traumatisierten Frauen in den Antwortschreiben für die Zuschriften gedankt und Mitgefühl bekundet. Im Weiteren hat

ben hat, ist natürlich auch über das Unglücksschicksal dieser betroffenen Menschen nicht Protokoll geführt worden. Ich möchte die Leistungen bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts nicht klein reden. Kein Land dieser Welt, das eine Diktatur hinter sich gebracht hat, hat die Aufarbeitung des Unrechts und die Transparenz der Aufarbeitung so konsequent absolviert wie wir hier in Deutschland. Aber wir müssen diesen Weg auch mit Respekt voreinander zu Ende gehen und nicht irgendwo stehen bleiben, weil wir glauben, es wäre alles schon so lange her und alles schon erledigt. Nur ein Beispiel: Vor fünf Jahren bin ich im Deutschen Bundestag auf Werbetour gewesen, um 75000 € für das Projekt Aufklärung der politischen Zwangsadoption in der DDR zu akquirieren.

Unter anderem war ich bei dem Haushaltspolitiker Kahrs, aus Hamburg. Herr Kahrs merkte an: „Das ist doch schon so lange her.“ Ich habe mutig geantwortet: „Herr Kahrs, sie würden so etwas nicht über die NS-Zeit sagen.“ Weiter habe ich ihm ins Gesicht gesagt, selbst wenn es nur einen einzigen Fall gäbe, in dem eine politische Zwangsadoption vermutet werden könnte, wäre es unsere gemeinsame Pflicht, alles Menschenmögliche zu tun, um dieses eine Schicksal so oder so aufzuklären. „Wir sind hier nicht in Mexiko“, habe ich ausgeführt, „wo ganze Gruppen von jungen Frauen oder Männern

verschwinden, ohne daß einer außer den Angehörigen nach ihnen sucht.“ Natürlich ist die Förderung des Projektes Aufklärung der Zwangsadoption auf den Weg gebracht worden, aber erschütternd und empörend fand und finde ich diese Einstellung.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein letztes Beispiel anführen, um darzustellen, daß ein Gesetz zwar rechtmäßig und dennoch ungerecht sein kann. Die Flüchtlinge, die lange vor dem Fall der Mauer in den freien Teil Deutschlands geflüchtet sind, sind in das Rentensystem eingepflegt worden. Dazu erhielten alle Rentenverläufe für die in der DDR geleistete Arbeitszeit das Kürzel FRG (Fremdrentengesetz). Nach der Wiedervereinigung war das Rentensystem insgesamt neu zu regeln und die 17 Millionen DDR-Bürger waren in unser Rentensystem aufzunehmen. So weit, so gut und richtig! Die ehemaligen Flüchtlinge haben die Folgen dieses Rentenüberleitungsge-

setzes erst bei der Antragstellung auf ihre Altersrente bemerken können, da die Rente teilweise mehrere 100 € niedriger ausfiel, als es die ihnen bekannten Rentenverläufe auswiesen. Die Berechnungsgrundlage FRG wurde gestrichen und ein anderer schlechterer Wert angenommen. Nun, das Gesetz dazu ist wohl rechtmäßig, aber ungerecht. [...]

Ich denke, es ist angesichts der wenigen Beispiele, die ich vorgetragen habe, auch angeraten, aufmerksamer zu sein, wenn es um die Anliegen der SED-Opfer geht. Hier, meine Damen und Herren, setzen wir große Hoffnungen in die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Frau Zupke. Sie wird keine Wunder vollbringen, sie wird aber, das weiß ich, sich tatsächlich für die Anliegen der SED-Opfer einsetzen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß die Anliegen der SED-Opfer nicht im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses und damit auch nicht im Fokus der Politik stehen. Vielleicht haben 20 Prozent der Deutschen eine Verbindung zu dieser Thematik, aber die Menschen, über die ich spreche, sind nicht die, die Krawall machen oder gelbe Farbe um die Siegestsäule herumschütten, um spektakulär auf sich aufmerksam zu machen. Wir sprechen hier über ehemalige SED-Opfer, demokratiefeste Bürgerinnen und Bürger, die still leiden. Das ist nicht recht! Ich bin sehr dankbar, daß sich die UOKG und damit auch alle unsere Mitgliedsverbände einer wachsenden positiven Aufmerksamkeit in der Politik erfreuen. Wir kriegen Zuspruch von offiziellen Stellen aber auch von Abgeordneten, die unsere Arbeit wertschätzen. Es gibt aber auch Akteure, die versuchen, die SED-Opferverbände oder einzelne Persönlichkeiten in ein schlechtes oder rechtes Licht zu rücken. Die wissenschaftlichen Fakten sind, wie die Studie aus Brandenburg zeigt, andere. Vermutlich steckt dahinter immer noch der Traum von einem Sozialismus, der besser ist als jede andere Weltanschauung. Dieser Traum sollte ausgeräumt sein! Da die Arbeit der Opferverbände zu allen Zeiten angefeindet, von Mißverständnissen begleitet, oder von glatter Abneigung begleitet wurde, möchte ich anhand der Lebensleistungen ehemaliger Vorsitzender der UOKG auf diese Menschen und deren Hintergründe hinweisen.

Ich erinnere an Lothar Brauer, den Gründungsvorsitzenden der UOKG. Zusammen mit seiner Frau Heidrun gründete er die



...während der Festansprache.

Otto klargestellt, daß dem Unternehmen keine derartigen Geschäfte bekannt seien und es keine juristische Verantwortung für das Unternehmen gäbe. Daher könne man leider nicht helfen. Dann folgt der Hinweis, daß die Weitergabe des Antwortschreibens oder auch das Zitieren aus der Antwort untersagt wird. Der Bund verhält sich hier nur wenig anders als die Firma Otto. Das ist Deutschland 2021! Ich denke auch in diesem Zusammenhang an die Menschen, die in politischer Haft und bei der Zwangsarbeit zu psychischen und physischen Schäden gekommen sind.

Diese Menschen haben praktisch die Möglichkeit einen Antrag auf Anerkennung ihrer Schäden zu stellen, aber sie haben nur theoretisch die Möglichkeit, daß diesen Anträgen stattgegeben wird. Diese Geschädigten müssen nämlich nach Gesetzeslage den Nachweis erbringen, daß ihr Schaden aus der Haft herrührt. Da es in der DDR offiziell keine politischen Gefangen, sondern nur Kriminelle gege-